

Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik als Querschnittsaufgabe

Schlüsselziele:	1
Einleitung:	1
Versorgung	2
Psychische Gesundheit	2
Gesundheitsstandort	3
Drogen- und Suchtpolitik	3
HIV und AIDS	4

Schlüsselziele:

- Gesundheitspolitik als Querschnittsaufgabe
- Verstärkung des Lärmschutzes und der Zeitstressvermeidung
- Stärkung des Präventionscharakters der Drogen- und Suchtpolitik

Einleitung:

Gesundheit hängt stark von gesunden Lebensbedingungen ab, wie sie viele Bonner Bürgerinnen und Bürger genießen können. Doch bei genauerem Hinsehen gibt es auch in Bonn problematische Bedingungen wie Armut, Fremdsein und Arbeitslosigkeit nicht nur in sozialen Brennpunkten. Obdachlosigkeit, Illegalität und Alkoholabhängigkeit sind alltägliche Erscheinungen unseres Stadtbildes. Viele alleinstehende Menschen sind krank vor Einsamkeit, Armut und seelischer oder körperlicher Behinderung.

Als krankmachende Faktoren müssen Lärm und zeitliche Hetze besonders hervorgehoben werden. Die allermeisten Bonner Stadtteile unterliegen bei Tag wie bei Nacht erheblicher Verlärmung durch Autos, Flugzeuge und Züge. Zeitstress ist ein Tribut an die globalisierte Arbeitswelt. Von Arbeitgebern und -nehmern wird Zeitstress gleichermaßen als unabänderlich hingenommen und nicht als krankmachend erkannt.

Gesundheitspolitik in Bonn muss daher Querschnittsaufgabe sein. Sozial-, Umwelt-

und Planungspolitik sind gleichermaßen gefragt, um Bedingungen für eine ausreichende Gesundheitsförderung zu gewährleisten. Diese Bedingungen sind Maßnahmen gegen unfreiwillige Verelendung und für die Besserstellung von Arbeitslosen und Familien am sozialen Rand, für die Einbindung und Chancenverbesserung für MigrantInnen, intensive soziale Arbeit gegen Alkohol- und Drogenabhängigkeit und die Stärkung des Verbraucherschutzes.

Kommunale Planung und Umweltmaßnahmen helfen mittelfristig, die Gesundheit zu verbessern und Zeitstress zu vermindern, zum Beispiel durch ein gutes Nahverkehrs- und Fahrradwegenetz oder durch Lärmverminderung in der Wohnumgebung.

Die GRÜNEN arbeiten im Sinne dieses Ansatzes in unterschiedlichen städtischen Gremien mit, zum Beispiel im Schulbereich (gesundheitlicher Entwicklungsstand der Einschulkinder), in der Stadtplanung (gesundheitliche Verträglichkeit einer Baumaßnahme bzgl. des Lärms und anderer Emissionen) oder im Beschaffungswesen (z. B. Versorgung von Altenheimen).

Versorgung

Die Versorgung durch medizinische Angebote in Bonn ist überdurchschnittlich hoch. Durch Fehlsteuerungen im nationalen Gesundheitssystem können jedoch Mängel wie lange Wartezeiten für Facharzttermine, Engpässe bei Notfällen für intensivmedizinische Betten, lange Wartezeiten für stationäre Drogenentgiftung und die Schließung von Krankenhäusern nicht mit kommunalen Mitteln gebessert werden. Hier muss die Landespolitik für den Erhalt der Krankenhäuser sorgen, die Bundespolitik für eine gerechte und preisgünstige Krankenversorgung.

Psychische Gesundheit

Die Zahl psychischer Erkrankungen hat inzwischen den Spitzenplatz unter allen Erkrankungen und bei den Gründen für Frühverrentungen eingenommen. Grundlegend hierfür sind die dramatischen Veränderungen in der Arbeitswelt mit ihren Auswirkungen, familiäre Desintegration, (Zukunfts-)ängste, frühe sexuelle Übergriffe, frühe Verfügbarkeit von Drogen, Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, Mobbing.

Die Rheinischen Kliniken in Bonn versorgen die stationär und tagesklinisch behandelbaren Kranken. Besonders in der Kinder- und Jugendpsychiatrie sind in den vergangenen Jahren Mängel in der stationären wie auch Engpässe in der

ambulanten ärztlichen und pflegerischen Betreuung aufgefallen. Die GRÜNEN bemühen sich aktiv im Landschaftsverband Rheinland um eine Verbesserung der Situation in den Rheinischen Kliniken. Zwei Familienhebammen kümmern sich ambulant um die frühkindliche Integration in die Familien.

Wir werden uns für eine bessere Koordination der Hilfen für psychisch beeinträchtigte Menschen einsetzen. Jeder und jede Betroffene soll zeitnah ein für ihn oder sie passendes Angebot der Hilfe oder Rehabilitation erhalten. Hierzu ist die Gründung einer städtischen Clearingstelle zu prüfen. Insbesondere muss auch die ambulante psychiatrische Rehabilitation kostengünstig und ortsnah ausgebaut werden.

Gesundheitsstandort

Da Gesundheit als wirtschaftlicher Faktor erkannt ist, bemüht sich die Stadt Bonn um einen Ausbau des gesundheitlichen Versorgungsnetzes. Als herausragend kann die Bonner Drogenhilfe genannt werden. Der Versorgungsgrad mit privaten Ärzten und Kliniken ist überdurchschnittlich hoch, so dass sich auch Kranke aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland in Bonn behandeln lassen. Die GRÜNEN versuchen in der Regel, ein Übermaß von privaten Leistungsträgern (ÄrztInnen, HeilpraktikerInnen, TCM- und Ayurveda-TherapeutInnen) zuungunsten der Versorgung durch gesetzliche Krankenkassen zu verhindern.

Das städtische Engagement bei der Einführung elektronischer Erfassungsmedien (E-Gesundheitskarte, TeleMatik) wird von uns kritisch gesehen. Hingegen unterstützen wir den präventiv-medizinischen Bereich, etwa durch den Erhalt der städtischen Bäder, die Verbesserung der Luftqualität (Feinstaub- und Ozonverminderung), die ausreichende Kontrolle des Trinkwassers, Lärminderungsmaßnahmen und eine verstärkte Lebensmittel-Überwachung. Durch solche Maßnahmen kann der Wirtschaftsstandort nachhaltig attraktiv bleiben.

Drogen- und Suchtpolitik

Wir treten für eine humane Drogen- und Suchtpolitik ein, die Menschen nicht aufgrund ihrer Abhängigkeit kriminalisiert, sondern ihnen bei der Überwindung von Süchten helfen will. Wir haben von Beginn an die Bonner Beteiligung an der Studie „heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger“ unterstützt, deren Ergebnisse untermauern, dass zur Überwindung der Sucht in erster Linie eine sozialarbeiterische Begleitung der Abhängigen nötig ist. Die Bundespolitik ist dringend gefordert, die

nötigen gesetzlichen Veränderungen vorzunehmen, damit die Weiterbehandlung der TeilnehmerInnen des Modellprojektes möglich wird und als Leistung der Krankenkassen für alle Abhängigen zugänglich wird.

Die Verdrängung von Alkoholabhängigen aus dem öffentlichen Raum, wie sie von großer Koalition und Oberbürgermeisterin vorgenommen wurde, lehnen wir ab, auch weil sie die soziale Arbeit und die öffentliche Sicherheit vermindert. Wir begrüßen eine Verstärkung der Sozialarbeit für Drogenabhängige und wollen zudem mehr Ressourcen zur Drogen- und Suchtprävention einsetzen. Jugendliche sollen ohne erhobenen Zeigefinger über die Wirkung von legalen und illegalen Suchtmitteln aufgeklärt werden. Die bereits getroffenen Maßnahmen der Präventionsarbeit sollen bedarfsgerecht verstärkt und mit den bestehenden Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen noch besser vernetzt werden. Suchtprävention darf sich nicht auf Drogenabhängigkeit beschränken, sondern muss auch Antworten finden auf Phänomene wie Spielsucht.

Drogenpolitik bedient sich insgesamt zu sehr repressiver und zu wenig präventiver Maßnahmen. Drogenkonsum wird einseitig als Problem der inneren Sicherheit und zu wenig als gesundheitliche Herausforderung betrachtet. Dieser Ansatz verstärkt oftmals die negativen sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen von Sucht. Ein Beispiel hierfür ist der Konsum von so genannten Partydrogen, die oft nur stark durch zusätzliche Giftstoffe verunreinigt im Umlauf sind, was zu zusätzlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen der KonsumentInnen führt. Wir wollen uns auch auf Bundes- und Landesebene dafür einsetzen, dass die Stadt Bonn ein möglicher Ort für ein Modellprojekt des „Drug-Checkings“ nach schweizerischem Vorbild sein könnte.

HIV und AIDS

HIV und AIDS müssen im Fokus der städtischen Sozial- und Gesundheitspolitik bleiben. Dank der Arbeit der freien Träger Aids-Initiative und Aids-Hilfe wird das im Rahmen ihrer Ressourcen Machbare getan, um neue HIV-Infektionen zu vermeiden. Die SozialarbeiterInnen sind hierbei vor neue Herausforderungen gestellt, weil sich ein zunehmend sorgloserer Umgang mit dem Thema AIDS entwickelt hat. Die Neuinfektionszahlen steigen wieder an. Die HIV-Prävention wird daher in den klassischen Risikogruppen und auch darüber hinaus gestärkt werden müssen. Wir begrüßen, dass die freien Träger neue Projekte zur Ansprache von Menschen mit

Migrationshintergrund, Schulklassen und Jugendgruppen entwickelt haben. Die Finanzierung dieser ausgeweiteten Präventionsarbeit muss, auch mit ergänzenden städtischen Zuschüssen, sichergestellt werden.